11. Kann in denjenigen Teilen Preußens, in welchen das Allgem. Landrecht und die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 in Geltung stehen, ein Gutsvorsteher an den von ihm eingezogenen Klassensteuerbeträgen des Gutbezirkes eine Amtsunterschlagung auch

dann begehren, wenn die betreffenden Steuerbeträge seitens eines Dritten zur Staatskasse abgeführt worden sind?

St.G.B. §§. 350. 246.

Pr. A.L.R. I. 11. §. 442; I. 16. §§. 45. 46.

Pr. Kreisordnung v. 13. Dezember 1872 §§. 31—34. (G.S. von 1872 S. 661 und von 1881 S. 179.)

II. Straffenat. Ur. v. 19. März 1881 g. G. Rep. 443/81.

I. Strafkammer bei dem Amtsgericht Neustettin.

Aus den Gründen:

Der Thatbestand, wie ihn der erste Richter für erwiesen erachtet hat, ist folgender:

Der Angeklagte ist in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher verpflichtet, für die Einziehung der Klassensteuer seines Gutsbezirkes zu sorgen, und ist für die Abführung derselben an die Kreisasse verantwortlich. Die Steuern hatte früher — aus welchem Grunde, ist nicht ersichtlich — der Pächter des Gutes B. eingezogen und an die Kreisasse abgeliefert. Für das zweite Steuerquartal 1879/80 (Juli, August, September) haben der Gärtner B. 59,73 M. und für das dritte Quartal 1879/80 (Oktober, November, Dezember) der Rechnungsführer S. 76,60 M. Klassensteuer im Auftrage des Angeklagten eingezogen und an den Angeklagten abgeführt. Da die fraglichen Steuern nicht rechtzeitig an die Kreisasse eingezahlt wurden, so wurden dieselben von dem Gutspächter B. seitens der Kreisasse eingefordert und von diesem auch für beide Quartale nach vorausgegangenem Mahnverfahren bezahlt. Im Oktober 1879, als der Gutspächter B. die Steuern für das zweite Quartal an die Kreisasse bereits bezahlt hatte, bot der Rechnungsführer S. dem Kreissteuereinnahmer im Auftrage des Angeklagten die Steuern für das genannte Quartal an, der Steuereinnahmer lehnte aber die Annahme ab, teils weil die Steuern bereits vom Gutspächter B. bezahlt waren, teils weil der angebotene Betrag mit dem Steuerbetrage nicht stimmte. Als die Klassensteuer auch für das dritte Quartal seitens der Kreisasse vom Gutspächter B. eingezogen wurde, wandte sich derselbe Beschwerde führend an das Landratsamt. Dieses wies nach erhobener Recherche den Angeklagten an, über den Verbleib der

fraglichen Steuerbeträge Auskunft zu erteilen. Im Januar 1880, nachdem der Steuerexekutor den Angeklagten wegen der rückständigen Steuern angegangen hatte, traf der Angeklagte mit dem Gutspächter B. ein Vergleichsabkommen. Er zahlte letzterem am 24. Januar 1880 den Betrag von 40 oder 41 M. unter dem Hinzufügen: „Mehr kann ich Ihnen heute nicht geben“ und mit der Zusicherung, daß er ihn für den Rest mit Holz abfinden werde. Diese Einigung bezog sich ausdrücklich nur auf die Steuern des zweiten Quartales; in betreff der Steuern des dritten Quartales ist ein solches Abkommen nicht getroffen.

Der Vorderrichter ermägt, daß der Angeklagte, da er gesetzlich zur Erhebung der Steuern berufen gewesen, die fraglichen Steuerbeträge in amtlicher Eigenschaft erhalten habe, wenn er auch, wie er behaupte, einen Diensteid nicht geleistet habe, und daß die Beträge, sobald sie von den Steuerpflichtigen an den Angeklagten als Erheber abgeliefert worden, Eigentum des Fiskus gewesen seien und Angeklagter bis zur Ablieferung der Beträge Verwahrer fremden Geldes geblieben sei. In betreff der Steuern aus beiden Quartalen erachtet er für dargethan, daß der Angeklagte Beträge in seinem Nutzen verwendet habe, und zwar den ganzen Quartalbetrag von 59,73 M. und von dem anderen Quartalbetrage von 76,60 M. den an B. nicht bezahlten Rest von 35 bis 36 M. Im letzteren Falle nahm er Unterschlagung im Amte (St.G.B. §. 350), im ersteren einfache Unterschlagung (§. 246 das.) an, indem er für den ersteren Fall ausführte, daß, nachdem die Steuern (für Juli bis September) an Stelle des Angeklagten von B. an die Kreisasse bezahlt worden, Angeklagter mit Grund zu der Annahme hätte gelangen können, der in seinen Besitz zurückgelangte Betrag wäre nun nicht mehr als Eigentum des Fiskus, sondern als ein Eigentumsobjekt des B. zu erachten. Demgemäß stellt das angefochtene Urteil fest:

1) daß der Angeklagte im Monat Oktober 1879 59,73 M. fremdes Geld, welches er in seinen Gewahrsam erhalten hatte, sich rechtswidrig zugeeignet hat;

2) daß der Angeklagte im Monat Januar 1880 die Summe von 35 bis 36 M., die er in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte, sich rechtswidrig zugeeignet hat;

erachtet aber nicht für erwiesen:

zu 1) daß der Angeklagte die Summe von 59,73 M. in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte.

Die Revision rügt zuvörderst, daß der Borrichter die Behauptung des Angeklagten, er habe den Diensteid nicht geleistet, unberücksichtigt gelassen habe. Für die Beamtenqualität im Sinne des St.G.B.'s ist es aber nach §. 359 das. nicht von Belang, ob ein Diensteid geleistet worden ist oder nicht. Der von der Revision angezogene §. 33 Abs. 2 der preussischen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 schreibt zwar die Beeidigung der Gutsvorsteher vor, macht aber ihre Eigenschaft als Beamter nicht von der Eidesleistung abhängig. Bis zum Inkrafttreten der Kreisordnung stand dem Inhaber eines selbständigen Gutbezirkes die polizeibrigheitliche Gewalt als ein mit dem Besitze des Gutes verbundenenes Recht zu (II. 17. §. 21 Pr. V. L. R.'s). An diesem Grundsatz ist noch im Gesetze vom 14. April 1856 betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten (G. S. S. 354) festgehalten, wengleich dasselbe die Bedingungen regelte, unter welchen der Staat dem Inhaber des Gutbezirkes die polizeibrigheitliche Gewalt entziehen konnte (§§. 2—11), und den Inhaber den im Strafgesetzbuche vom 14. April 1851 über Verbrechen und Vergehen im Amte gegebenen Vorschriften unterwarf (§. 12). Anders nach der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872. Nach §§. 31 bis 34 das. giebt der Besitz eines selbständigen Gutbezirkes nur einen begrenzten Anspruch auf Verleihung bestimmter obrigkeitlicher Befugnisse, die Verleihung selbst erfolgt, nach vorgängiger Sachprüfung, seitens eines Organes der Staatsgewalt, nämlich durch die Bestätigung des Gutbesizers bzw. eines Stellvertreters in der Eigenschaft eines Gutsvorstehers von seiten des Landrates. Letzterer Akt bringt die Übertragung amtlicher Funktionen an den Besizer eines Gutbezirkes, bzw. an seinen Vertreter zum Ausdruck. Demzufolge sind auch die Gutsvorsteher den bezüglich der Beamten bestehenden Disziplinarvorschriften unterworfen (§. 61 des Zuständigkeitsgesetzes vom 26. Juli 1876, G. S. S. 297). Zu den amtlichen Funktionen des Gutsvorstehers gehört aber auch nach §. 31 der Kreisordnung in Verbindung mit §. 15 des Klassen- und Einkommensteuergesetzes vom 1. Mai 1851 (G. S. S. 193), §§. 6. 9 des Klassensteuergesetzes vom 30. Mai 1820 (G. S. S. 140) und II. 7. §. 54 V. L. R.'s die Erhebung der Klassensteuer von den Steuerpflichtigen des Gutbezirkes. Hieraus ergibt sich, daß der Angeklagte, falls er als Gutsvorsteher bestätigt war, die Klassensteuerbeträge in amtlicher Eigenschaft erhoben hat. Ob die Bestätigung erfolgt ist, stellt der Borrichter mit direkten Worten nicht fest, seine Bemerkung: „Der

Angeklagte hat die Steuern, da er gesetzlich zur Erhebung berufen war, in amtlicher Eigenschaft erhoben“, läßt dem Zweifel Raum, ob damit die erfolgte Bestätigung habe ausgesprochen werden sollen, und dieses Bedenken fällt um so mehr ins Gewicht, als der Angeklagte in der Hauptverhandlung behauptet hat, der Gutspächter B. sei stellvertretender Gutsvorsteher, und in dieser Behauptung nach Lage der Gesetzgebung die Einwendung enthalten ist, Angeklagter sei als Gutsvorsteher nicht bestätigt worden. Dieser Zweifel, welcher nur einen Theil der Feststellungen des Urtheiles betrifft, erübrigt indes nicht ein Eingehen auf die weiteren Angriffe der Revision, welche gegen den gesamten auf das Vergehen der wiederholten Unterschlagung bezüglichen Inhalt des Urtheiles gerichtet sind.

Unterstellt man, daß die Bestätigung des Angeklagten in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher erfolgt sei, so tritt die weitere Frage entgegen, ob die Auffassung der Revision zutrifft, daß objektiv hier eine Unterschlagung deshalb ausgeschlossen sei, weil der Anspruch der Staatskasse auf die in dem Gewahrsam des Angeklagten gewesenen Steuerbeträge zur Zeit der ihm zur Last gelegten Zueignung durch die Zahlung des B. getilgt gewesen sei.

Die Revision folgert eine Zahlung im Sinne des A.L.M.'s I. 11. §. 442 aus den Angaben der Urteilsgründe, daß die Steuern für beide Quartale von B. an die Kreisasse gezahlt worden seien, daß B. die Steuern des letzten Quartales anstatt des Angeklagten bezahlt habe, und daß bei der anderen Zahlung ein abweichender Sachverhalt nicht erhellte. Durch die Zahlung soll nun nach den Ausführungen der Verteidigung das Eigentum des Fiskus an den vom Angeklagten erhobenen Steuerbeträgen erloschen und für den Zahlenden lediglich ein persönlicher Anspruch gegen den Schuldner auf Erstattung des Gezahlten begründet worden sein. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Die dem Angeklagten als Beamten gezahlten Gelder waren, da er sie im Auftrage der Staatskasse mit der Verpflichtung zur Aufbewahrung und Abführung erhob, Eigentum der Staatskasse. Die Verwendung solcher Gelder zu eigenen Zwecken seitens des zu ihrer Aufbewahrung verpflichteten Beamten erfüllt, abgesehen von Fällen, in denen es sich nur um die dem Kassenbeamten gestattete Umwechselung von Geldstücken gegen gleichartige Sorten handelt, den objektiven Thatbestand der Amtsunterschlagung. Es ergibt sich dies schon daraus, daß §. 350 St.G.B.'s

in Abweichung von §. 246 neben anderen Sachen der „Gelder“ besonders erwähnt und dadurch zum Ausdruck bringt, daß fremde Gelder, welche der Beamte mit der Amtspflicht der Verwahrung empfängt, niemals in sein Eigentum übergehen. Nimmt man selbst an, daß B. die Zahlung in der Absicht geleistet habe, den Angeklagten von seiner Verpflichtung zur Abführung der Gelder an die Staatskasse zu befreien, so änderte doch die Zahlung, da von einer Schenkung des B. nicht die Rede ist, an dem Eigentumsrechte der Staatskasse nichts. Gemäß I. 16. §. 45 U.R.N.'s erlangte zwar B., worin der Revision beizustimmen ist, je nachdem er mit oder ohne Auftrag des Angeklagten gehandelt hatte, einen persönlichen Anspruch gegen den Angeklagten aus dem Auftrage oder der nützlichen Geschäftsführung auf Ersatzleistung. Außerdem trat aber der Zahlende gemäß U.R.N.'s I. 16. §. 46 und I. 11. §. 442 auch ohne ausdrückliche Cession in die obligatorischen Rechte der bezahlten Staatskasse. Da die Cession nur das Eigentum an Forderungsrechten, nicht an Sachen überträgt (I. 11. §§. 376. 377 a. a. D.), blieb also der Staatskasse das Eigentum an den Geldern; B. erlangte einen persönlichen Anspruch an den Angeklagten auf Herausgabe der von diesem nach wie vor zu verwahrenden fiskalischen Gelder, und konnte der Angeklagte durch jene Zahlung des B. niemals Eigentümer dieser in amtlicher Eigenschaft von ihm eingezogenen und verwahrten Gelder, niemals berechtigt werden, die Staatskasse ihres Eigentumsbesitzes zu entsetzen.

Es ist auch nach einer derartigen Zahlung das Eigentum der Staatskasse an den im Gewahrsam des Steuererhebers befindlichen Geldern für die Kasse nicht ohne praktische Bedeutung. Nach I. 16. §. 44 a. a. D. tritt die volle Verbindlichkeit des Schuldners gegen die Staatskasse wieder ein, wenn der Zahlende das Gezahlte vom Empfänger mit Grund zurückfordern kann, z. B. bei Rückforderung einer aus Irrtum oder mit Vorbehalt geleisteten oder einer widerrechtlich erzwungenen Zahlung. Letzterer Fall gerade scheint nach der Darlegung des angefochtenen Urteils vorzuliegen, da einerseits dasselbe eine Verpflichtung des B. zur Zahlung der Steuern nicht feststellt, andererseits aber von einem Zwangsverfahren der Kreisasse gegen B. als Ursache der Zahlung spricht. War aber letzterer befugt, gemäß U.R.N.'s I. 16. §. 207 (mit der *condictio ob injustam causam*) von der Kreisasse das Gezahlte zurückzufordern und machte er von dieser Befugnis Gebrauch, so erlosch der

persönliche Anspruch des B. gegen den Angeklagten auf Herausgabe der Gelder und auch das obligatorische frühere Verhältnis zwischen der Kreisasse und dem Erheber war vollständig wiederhergestellt.

Hiernach war unter den dargelegten Voraussetzungen die Aneignung der Gelder seitens des Angeklagten objektiv eine rechtswidrige.